

K-2 Ein solidarisches Europa in einer instabilen Welt!

Antragsteller*in: Ali Khadem
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

1 In einer Ära, in der Populismus und Nationalismus wieder erstarken und viele
2 nationale Führer*innen die internationalen Normen und Vereinbarungen
3 herausfordern,
4 stellt sich Europa als Leuchtturm der Hoffnung und der Stabilität dar. Es ist
5 das Erbe Europas, eine Tradition der Aufklärung, der Menschenrechte und der
6 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Dieses Erbe darf nicht von kurzfristigen
7 politischen Interessen oder von machtpolitischen Spielen beeinflusst werden.

8 Gleichzeitig sind die Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, nicht
9 nur extern, sondern auch intern. Der Anstieg des Populismus in einigen
10 europäischen Ländern, wirtschaftliche Disparitäten und soziale Spannungen
11 verlangen nach einer stärkeren und vereinteren Reaktion. Wenn Europa
12 zusammensteht, mit einer gemeinsamen Stimme spricht und kollektiv handelt, kann
13 es als ein entscheidender Faktor auf der Weltbühne agieren.

14 Es reicht nicht aus, nur Reaktionen auf globale Krisen zu zeigen. Europa muss
15 proaktiv werden, Initiativen ergreifen und Lösungen für globale Probleme
16 anbieten. Es muss Partnerschaften mit anderen demokratischen Ländern und
17 Regionen fördern und sich für eine gerechtere und stabilere Weltordnung
18 einsetzen.

19 Jetzt ist die Zeit für Europa, seine Werte von Freiheit, Gleichheit und
20 Brüderlichkeit wiederzuentdecken und sie mit Entschlossenheit zu verteidigen.
21 Dies erfordert Mut, Zusammenhalt und Innovation. Aber vor allem erfordert es
22 Solidarität – eine Solidarität, die über Kontinente hinweg resoniert und die
23 Hoffnung für all jene darstellt, die nach Gerechtigkeit, Frieden und einer
24 besseren Zukunft streben.

Ein Aufruf zur Handlung: Europa muss sich solidarisch zeigen:

26 Die Menschen, die gegen Autokratie und Unterdrückung kämpfen, verdienen unsere
27 volle Unterstützung. Und genau hier muss ein solidarisches Europa entstehen:
28 Durch diplomatischen Druck, durch Sanktionen gegen autokratische Regime und

29 durch Unterstützung für Demokratiebewegungen und zivilgesellschaftliche
30 Organisationen.

31 Jeder Mensch, egal wo auf der Welt, sollte das Recht haben, in Freiheit und
32 Sicherheit zu leben. Und in Zeiten, in denen dieses Recht bedroht ist, muss
33 Europa seine Stimme erheben und handeln. Es ist an der Zeit, dass wir unsere
34 europäischen Werte nicht nur predigen, sondern auch praktizieren. Denn nur ein
35 solidarisches Europa kann eine Instanz der Stabilität in einer zunehmend
36 instabilen Welt sein.

37 In einer Welt, in der das Recht jedes Einzelnen, in Freiheit und Sicherheit zu
38 leben, bedroht ist, sollten die demokratischen Grundlagen und Freiheiten immer
39 an erster Stelle stehen. Es ist unsere Pflicht, die Europäische Union nicht nur
40 als Bollwerk gegen diese Bedrohungen zu stärken, sondern auch aktiv dafür zu
41 sorgen, dass Demokratieförderung und Unterstützung im Kern unserer
42 Außenbeziehungen und Außenpolitik verankert sind.

43 Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Werte, die wir als Europäer*innen
44 schätzen, auch in anderen Teilen der Welt geschützt und gefördert werden.

45 **Demokratie Stärken: Bildung & Kapazität im Fokus!**

46 Um die Demokratie nachhaltig zu stärken, müssen wir uns neu orientieren und den
47 Schwerpunkt auf Bildung und Kapazitätsentwicklung legen.

48 In enger Abstimmung mit den EU-Agenturen und den Mitgliedstaaten sollte die Hohe
49 Vertreter*in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sicherstellen, dass
50 demokratische Werte in allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen eine
51 Rolle spielen. Wir rufen den Rat der Europäischen Union auf, eine klare
52 Strategie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verabschieden, die
53 die weltweite Unterstützung der Demokratie fördert.

54 Zur effektiven Stärkung der Kapazitäten ziviler demokratischer
55 Widerstandsbewegungen schlagen wir die Einrichtung spezieller Arbeitsgruppen
56 vor, die sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb der Mitgliedstaaten koordiniert
57 werden. Diese Arbeitsgruppen sollten sich mit der Neuorientierung und
58 Optimierung der Unterstützungsmechanismen für diese Bewegungen befassen. In
59 diesem Zusammenhang kommt der Einrichtung eines speziellen Fonds zur Bekämpfung
60 des Autoritarismus und zur Unterstützung demokratischer ziviler
61 Widerstandsbewegungen eine zentrale Bedeutung zu.

62 Die Mittel dieses Fonds müssen in innovative Programme investiert werden, die
63 sich auf Bildung, Kapazitätsaufbau, Streikhilfe und die Zusammenarbeit von
64 Dissidenten konzentrieren.

65 Als Grüne Jugend setzen wir uns für eine proaktive Rolle der wichtigsten EU-
66 Institutionen bei der Unterstützung demokratischer ziviler Widerstandsbewegungen
67 ein. Finanzielle Mittel sollten flexibel und mehrjährig zur Verfügung gestellt
68 werden, um eine nachhaltige Planung und Anpassung an die sich entwickelnden
69 Bedürfnisse der zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu ermöglichen. Besonders die
70 mehrjährige Förderung für Ausbildung und Kapazitätsaufbau sollte erhöht werden,
71 um schnell auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bewegungen reagieren zu können.

72 Die EU sollte ihre konvenierende Macht nutzen, um internationale NGOs, die
73 Zivilgesellschaft und Aktivist*innen in der Frühphase von Bewegungen
74 zusammenzubringen. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung von Plattformen
75 für den Austausch von Visionen und Strategien für demokratische Übergänge und
76 die Schaffung beratender Expert*innen-Gruppen, die in Übergangsprozessen beraten
77 können. Zudem sollten Ressourcen bereitgestellt werden, um ein günstiges
78 regulatorisches Umfeld für Menschenrechtsbewegungen zu schaffen. Hierzu gehört
79 das Eintreten für Rechtsreformen und die Bereitstellung von rechtlicher und
80 finanzieller Soforthilfe für Aktivist*innen.

81 Um sicherzustellen, dass die oben skizzierten Maßnahmen nicht nur kurzfristige
82 Abhilfe schaffen, sondern nachhaltige Veränderungen bewirken, legen wir großen
83 Wert auf Bildung und Information. Daher fordern wir eine Erhöhung der
84 mehrjährigen Finanzierung von Bildungsressourcen für internationale
85 Aktivist*innen. Dies sollte die Entwicklung von frei zugänglichen
86 Bildungsmaterialien über zivilen Widerstand in mehreren Sprachen einschließen.

87 **Das Zeitalter der proaktiven internationalen Hilfe**

88 Damit legen wir den Grundstein für ein noch ambitionierteres Unterfangen: die
89 Etablierung eines "Rechts auf Unterstützung" (R2A), das als moralischer und
90 rechtlicher Kompass in internationalen Belangen dienen muss.

91 Das Prinzip von R2A ist grundlegend: Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben
92 sie das Recht, Unterstützung anzufordern und zu erhalten, um ihre grundlegenden
93 Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Es ist nicht nur ein Instrument der
94 internationalen Solidarität, sondern respektiert auch die Grundprinzipien des
95 Völkerrechts. Sie wird aktiviert, wenn Staaten ihren grundlegenden
96 menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen, und dient als Rahmen für
97 koordinierte internationale Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen.

98 **Diplomatie am Puls der Demokratiebewegung**

99 Wir setzen uns für die Etablierung einer multilateralen Task Force ein, die das
100 Konzept eines global anerkannten R2A ausarbeitet. Diese Plattform sollte sich
101 nicht nur auf die Rechtssituation konzentrieren, sondern auch praktikable
102

103 Mechanismen für die Umsetzung in Krisensituationen entwickeln. Um den Erfolg
104 dieses ambitionierten Vorhabens zu gewährleisten, rufen wir dazu auf,
105 angemessene finanzielle und personelle Ressourcen für die Arbeit dieser
Plattform zur Verfügung zu stellen.

106 Priorität muss die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsgesetze und -
107 standards haben. Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, ihr Engagement in
108 diesem Bereich zu verstärken. Besonders die Unterstützung ziviler
109 Widerstandsbewegungen sollte als Ausdruck internationaler Solidarität und als
110 Teil von R2A gewürdigt werden.

111 Auf diplomatischer Ebene sollte die Umsetzung von R2A institutionalisiert
112 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in den diplomatischen Vertretungen der EU
113 spezialisierte Stellen eingerichtet werden, die sich ausschließlich mit R2A und
114 seiner Umsetzung befassen. Diese Diplomaten*innen sollten als Schnittstelle
115 zwischen der internationalen Gemeinschaft und lokalen Aktivist*innen fungieren
116 und eng mit der R2A Task Force kooperieren. Diplomatische Vertretungen in
117 Schlüsseländern sollten spezielle Beauftragte für den Dialog mit pro-
118 demokratischen Bewegungen haben. Die Ausbildung von Diplomaten*innen muss
119 ebenfalls aktualisiert werden, um einen Fokus auf zivilen Widerstand und
120 demokratische Übergänge zu legen. Dies wird unsere diplomatischen Bemühungen
121 effektiver machen und an die aktuellen Herausforderungen anpassen.

122 Wir setzen uns für die Schaffung einer neuen Koordinierungsstelle zur Förderung
123 der Demokratie ein. Diese Stelle würde unter der Schirmherrschaft der EU, der G7
124 oder einer ähnlichen Koalition demokratischer Staaten stehen. Deren wichtigste
125 Aufgaben wären die moralische, rechtliche und finanzielle Unterstützung von
126 Demokratiebewegungen und die Durchführung von Studien zur Identifizierung von
127 Sanktionszielen.

128 **Die unersetzliche Rolle der Medien im Zeitalter der Desinformation**

129 Nicht zuletzt darf die Rolle der Medien nicht vernachlässigt werden. Die
130 Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen und Krisensituationen ist
131 entscheidend für die Glaubwürdigkeit von R2A-Initiativen. Daher fordern wir die
132 EU auf, Medienorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind, sowohl
133 finanziell als auch technisch zu unterstützen.

134 Um insbesondere den Diskurs zu bereichern und vielfältige Perspektiven
135 einzubeziehen, rufen wir zur Etablierung von ständigen Multi-Stakeholder*innen-
136 Dialogen auf. Diese sollten dedizierte Foren und Konsultationsmechanismen
137 umfassen und eine breite Palette von Interessengruppen, von Regierungen und NGOs
138 bis hin zu Aktivist*innen, in die Umsetzung von R2A integrieren.

139 **Europas Engagement für eine demokratische Welt**

140 Mit der Umsetzung dieser vielschichtigen Maßnahmen wird die EU nicht nur ihrer
141 moralischen und rechtlichen Verantwortung für die Förderung von Demokratie und
142 Menschenrechten gerecht, sondern schafft auch einen robusten und vielseitigen
143 Rahmen für die Umsetzung eines "Rechts auf Unterstützung". Dies ist eine humane
144 und wirksame Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Darüber
145 hinaus ermöglicht sie der Union eine proaktive und wirksame Außenpolitik in
146 einer zunehmend instabilen Welt. Mit dieser integrierten Strategie können wir
147 nicht nur unsere eigenen demokratischen Werte verteidigen, sondern auch eine
148 führende Rolle bei der weltweiten Förderung der Demokratie übernehmen. Auf diese
149 Weise stellen wir sicher, dass die Europäische Union den vielschichtigen
150 Herausforderungen einer zunehmend komplexen geopolitischen Landschaft wirksam
151 begegnen kann.

Begründung

erfolgt mündlich